

Antrag der Fraktion Die Linke**Zwangsverheiratungen mit allen Betroffenen bekämpfen**

Zwangsverheiratung ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte, dem nur in interkultureller Zusammenarbeit begegnet und nachhaltig Einhalt geboten werden kann. An diesem Prozess müssen Institutionen wie Polizei, Schulen und Sozialämter ebenso beteiligt werden wie soziale, politische, kulturelle und religiöse Migranten-/innenorganisationen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Der Senat wird gebeten, nicht nur die Arbeit geeigneter Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie von Schutzeinrichtungen für von Zwangsheirat Betroffene finanziell abzusichern. Auch die Versorgung des Bremer Sozialamtes und der Polizeidienststellen muss dahingehend ausgebaut werden, dass von Zwangsheirat Bedrohte und Betroffene durchgehend Hilfe finden können.
2. Der Senat wird gebeten, ein Gremium einzurichten, in dem bremische Behörden und Migranten-/innenorganisationen vertreten sind, um sich gemeinsam mit dem Thema der Zwangsverheiratung auseinanderzusetzen. Ziel dieser Schnittstelle soll es sein, geeignete Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Zwangsverheiratung zu entwickeln und bei deren Entwicklung und Umsetzung migrantische Institutionen einzubeziehen. Wir schlagen hierfür den Rat für Integration vor.
3. Die interkulturelle Kompetenz von Polizei und Ordnungsbehörden ist nicht allein durch Schulungen zu verbessern. In den Bereichen der öffentlichen Verwaltung, die mit von Zwangsverheiratung Betroffenen konfrontiert werden, sollen vermehrt Migrantinnen und Migranten eingestellt werden.
4. Um Stigmatisierung und Vorurteilsbildung weitestgehend zu vermeiden, wird der Senat gebeten, in der öffentlichen Auseinandersetzung mit Zwangsverheiratung hervorzuheben, dass diese Praxis von der Mehrheit der Migrantinnen und Migranten abgelehnt wird. Eine effektive Bekämpfung von Zwangsverheiratung kann nur in umfangreicher Kooperation mit sozialen, politischen, kulturellen und religiösen Migranten-/innenorganisationen erreicht werden.
5. Der Senat wird gebeten, die Sozialbehörde bei der Erhebung aussagekräftiger Daten zu Vorkommen und Umständen von Zwangsverheiratungen zu unterstützen. Dies beinhaltet neben der Bereitstellung relevanter Daten auch die Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen.

Sirvan-Latifah Cakici,
Peter Erlanson und Fraktion Die Linke